

16 SEU XXIV.GP**STELLUNGNAHME**

**des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union
des Hauptausschusses des Nationalrates
vom 1. Juli 2013**

gemäß Art. 23e Abs. 3 B-VG

COM(2013) 262 final

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erzeugung von Pflanzenvermehrungsmaterial und dessen Bereitstellung auf dem Markt (Rechtsvorschriften für Pflanzenvermehrungsmaterial)

Der zuständige Bundesminister wird aufgefordert,

- den von der Europäischen Kommission beabsichtigten Vorschlag für eine Vermehrungsgut-Verordnung (Saat- und Pflanzgut-VO) an den Rat und das Europäische Parlament kritisch auf seine Auswirkungen auf klein- und mittelständische Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe sowie die Konsumentinnen und Konsumenten, für die gesichert sein muss, dass sie auch weiterhin von der großen Vielfalt verschiedener Obst-, Gemüse- und anderen Pflanzensorten profitieren können sollen hin zu prüfen;
- daraufhin einzuwirken, dass es zu keiner höheren Kosten- und Bürokratiebelastung der klein- und mittelständigen Saatgut- und Pflanzenzuchtunternehmen kommt;
- dafür einzutreten, dass mindestens Ausnahmen vergleichbar zum bestehenden österreichischen Saatgutrecht zur Erhaltung der genetischen Vielfalt geschaffen werden und sich dafür einzusetzen, dass keine verpflichtende Zulassung bei allen samenfesten Pflanzen, die nicht durch geistige Eigentumsrechte geschützt sind, notwendig ist;

- sich dafür einzusetzen, dass der bestehende Konsumentenschutz durch das neue Recht nicht aufgeweicht wird (z.B. klare Gentechnikkennzeichnung);
- sich dafür einzusetzen, dass das Landwirteprivileg erhalten bleibt;
- sich dafür einzusetzen, dass der Anwendungsbereich der Verordnung sich auf das Inverkehrbringen von Saat- und Pflanzgut zum Zweck der kommerziellen Nutzung und oberhalb bestimmter Mengen (Art. 8(2) EG-VO 1765/92) beschränkt;
- sich dafür einzusetzen, dass bei zugelassenen Sorten Transparenz über die verwendeten Züchtungsmethoden und die erteilten geistigen Eigentumsrechte sichergestellt ist.